

General-Anzeiger

Elberfeld
Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Walter-Rathenaustr. 50
Fernsprecher Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.

für Elberfeld-Barmen
(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt)

Barmen
Hauptgeschäftsstelle und Redaktion Reinerweg 57
Fernspr. für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 714 u. 4997.

Gründungsbericht
Der Anzeiger von
Elberfeld-Barmen
wurde am 1. März
1886 gegründet.
Der erste Herausgeber
war Herr Dr. med.
H. C. B. Barmen.
Der Anzeiger ist
seitdem in der
Herausgabe von
Herrn Dr. med.
H. C. B. Barmen
stehend.

Die Saarbewohner wehren sich gegen die Knebelung.

WTB. Saarbrücken, 15. März. (Dr. Drahtb.) In der heutigen Sitzung des Landestages gaben die Vertreter der Fraktionen zu der sogenannten Verordnung zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Sicherheit im Saargebiet, die von dem Landtage der Regierungskommission in der letzten Sitzung beschlossen wurde, ohne vorher dem Landestag vorgelegt zu sein, Erklärungen ab. In denen sie sich gegen die Verordnung wandten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Biedert erklärte in seiner Rede unter anderem, die Verordnung bedeute eine Knebelung der Presse und sei unerträglich. Sie diene der systematischen Niederhaltung der Presse, der Bevölkerung und des Landestages. Es gebe aber eine rechtliche und verfassungsmäßige Grundlage der Verordnung. Die Verordnung sei gleichbedeutend mit einem dauernden Belagerungsstand. Der Redner appellierte dann an den Landestag, das Landestages, aus seiner Zurückhaltung herauszutreten und für sein Recht und für das Recht des Landestages einzutreten. Der Präsident des Landestages antwortete, der Landestag sei mit den Mitgliedern des Landestages der Bevölkerung verbunden. Hierfür einigten sich die Fraktionen von der äußersten Rechten zur äußersten Linken auf eine gemeinsame Erklärung im gleichen Sinne, in der zum Ausdruck gebracht wurde, dass die Verordnung gegen die Erklärung der Regierung, dass die politische Situation im Saargebiet beim Völkerrat vorläufig werden.

Der erste Opfer der „Notverordnung“

WTB. Saarbrücken, 15. März. Auf Grund der am 15. März in Kraft getretenen Notverordnung zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Sicherheit im Saargebiet sind heute verboten worden: Auf sechs Monate der Aufenthalt in Berlin, der „Wahre Jafob“ in Stuttgart und der „Simplicissimus“ in München auf vier Wochen, die „Humant“ in Paris, die „Deutsche Zeitung“ in Berlin und die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ in Saarbrücken auf zwei Wochen.

Englands Luftwaffe.

WTB. London, 15. März. Der Luftfahrtminister brachte im Unterhaus den Bericht seines Ministeriums ein. Der Bericht auf 1000 Pfund Sterling gegenüber 1000 Pfund Sterling im vergangenen Jahre. Der Minister sagte, im vergangenen Jahre hat die britische Luftwaffe sich sehr verbessert. Die britische Luftwaffe hat den Ausbau der Flotte fortgesetzt. Das menschliche Material sei hervorragend und in ausgedehnter Zahl vorhanden. Was die Frage der Beschaffung von Maschinen anbelangt, so sei bekannt, dass die britische Luftwaffe in der Lage sei, die neuesten Maschinen zu beschaffen. Er werde deshalb einen Vergleich zwischen der britischen und der französischen Luftwaffe anstellen. Er hoffe aber, dass die britische Luftwaffe auf dem Gebiet der Beschaffung von Maschinen auf dem besten Stand sei. Im November 1918 habe Frankreich 3000 Maschinen in Dienst gehabt, jetzt habe es 1200. Während zwei Drittel der britischen Luftwaffe sich in überaus guten Umständen befinden, so Frankreich drei Viertel seiner Maschinen im Dienst. Im Jahre 1923 wurden die Franzosen 20 Maschinen und England lediglich 557 Maschinen in Dienst haben. Er gebe bereitwillig den großen Unterschied zwischen der Stellung Frankreichs und Englands zu. Aber auch, wenn man berücksichtigt, dass Frankreich ein großes Heer und eine ausgedehnte Grenze habe, so ist das Verhältnis doch überaus günstig. Die Frage ergebe sich von selbst, warum eine europäische Macht eine so große und eine andere eine so kleine Luftwaffe habe. Es sei unentbehrlich, dass zwischen den beiden verbündeten Heeren ein Verhältnis der Gleichheit bestehe. Es sei unentbehrlich, dass einer von ihnen eine Luftwaffe besitze, die nur den letzten Teil der der anderen ausmache. Bevor man sich über die Ausgestaltung der britischen Luftwaffe klar werde, müsse man sich klar machen, wie weit man gehen solle. Der Luftfahrtminister erklärte weiter, wenn man den Einmüßigenstand auf die Luftwaffe anwende, würde dies eine sofortige Erhöhung des Haushalts um fünf Millionen Pfund bedingen. Im November 1918 habe die britische Luftwaffe 30 000 Offiziere und 253 000 Mann und 3300 im Dienst befindliche Flugzeuge gehabt. Gegenwärtig bestehe sie aus 3000 Offizieren und 27 000 Mann sowie 351 Flugzeuge erster Linie.

Weitere Fragen im Unterhause.

WTB. London, 15. März. (Dr. Drahtb.) Im Unterhause fragte der Arbeitsminister Buxton den 1. Minister, ob seine Aufmerksamkeit auf die Frage der Beschäftigung der Arbeiter gelenkt worden sei, der vom 8. März, der zufolge der deutsche Völkerrat in Paris zur Pariser Konferenz am 10. März erklärte, dass er Anweisung erteilt habe, dass in amtlicher Form mitzuteilen, dass seine Regierung einen Plan zur Regelung der Arbeitsbeschäftigung aufgestellt habe. Der Minister antwortete, es sei ihm nicht klar, auf welche Frage er antworten solle. Er sei nicht klar, auf welche Frage er antworten solle. Die britische Regierung habe alle Einzelheiten der Pariser Konferenz berücksichtigt. Buxton

England denkt nicht an Vermittlung.

GA London, 15. März. (Eig. Drahtb.) Die englische Regierung dementiert heute offiziell das Gerücht, dass sie die Absicht habe, in der Frage der Ruhr zwischen Frankreich und Deutschland zu intervenieren. Sie erklärt, dass Deutschland direkte Verhandlungen mit Frankreich und Belgien anknüpfen möge. England weigere sich, aus seiner neutralen Haltung herauszugucken. Immerhin wird, wie verlautet, England offiziell das Terrain sondieren, um zu erfahren, ob Frankreich tatsächlich die Reparationen oder seine Sicherheit sucht, indem es die Ruhr besetzt hält. Die offiziellen Kreise stehen Frankreich und der Ruhraktion günstiger gegenüber als das Unterhaus.

GA Berlin, 16. März. (Eig. Drahtb.) Wahrscheinlich sind die Vertreter der Reichsregierung von einer englischen Vermittlung einer Kombination zum Opfer gefallen, die in einem Meinungswechsel zwischen London und Paris angeknüpft hat und in deren Verlauf wahrscheinlich auch der deutsche Völkerrat in London oder eine andere Persönlichkeit über irgendwelche Punkte befragt worden ist. Darüber hinaus ist jedoch nichts bekannt. Es deutet alles darauf hin, dass die englische Regierung gar nicht beabsichtigt, gegen den ausgedehnten Willen Frankreichs eine Intervention zu versuchen. Man sieht in England auf dem Standpunkt, dass es an Deutschland sei, einen Plan der Selbstständigkeit zu unterbreiten, der Frankreich und Belgien befriedigt und von der deutschen Industrie unterstützt wird. Dann würde es auch Frankreich und Belgien offenstehen, Verhandlungen mit Deutschland zu beginnen. Wenn Deutschland der britischen Regierung einen solchen Plan mitteilen würde, dann würde die englische Regierung die Aufmerksamkeit der französischen und der belgischen Regierung auf diese Vorschläge lenken und lediglich die deutsche Regierung davon unterrichten, dass die Rote den beiden anderen Regierungen überreicht worden ist. Auf der anderen Seite sieht es natürlich Deutschland vollkommen frei, den Inhalt seiner Vorschläge allen Staaten bekanntzugeben. Das hätte den großen Vorteil, dass die französische und die belgische Regierung den Inhalt dieser Vorschläge automatisch erfahren würden.

Aus dieser Darstellung der Auffassung der britischen Regierung geht ohne weiteres hervor, dass sich der Standpunkt der britischen Regierung nicht geändert hat. Auf der anderen Seite ist aber auch in Frankreich die Stimmung für einen derartigen Gedankenaustausch noch nicht reif, und Deutschland hat daher keinen Grund, von seinem bisher

eingenommenen Standpunkt auch nur um einen Schritt abzuweichen. Nach wie vor bleibt das eine bestehen, dass Deutschland bereit ist, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, auf der die Wiederherstellung der Ruhe behandelt wird, dass aber eine der Vorbedingungen dafür die vollständige Räumung des Ruhrgebietes ist. Selbstverständlich wird auch der allergrößte Wert darauf gelegt werden müssen, dass die Schäden, die durch den französisch-belgischen Einmarsch in das Ruhrgebiet entstanden sind, von Frankreich und Belgien wieder gutgemacht werden. Die augenblickliche Lage ergibt sich aus dieser Darstellung von selbst. Im Augenblick ist für Deutschland die einzige mögliche Taktik die, abzuwarten, und im übrigen die bisherige Politik fortzusetzen.

Kein amerikanisches Vermittlungsangebot.

WTB. Paris, 14. März. (Dr. Drahtb.) Der „New York Herald“ berichtet aus Washington: In einem, in dem man sich zu dem Vorschlag der französischen Konferenz über die schrittweise Zurückziehung der Bewegungstruppen aus dem Ruhrgebiet nach Aufgabe der deutschen Zahlungen äußert, wird Wert auf die Bestätigung gelegt, dass dieser Vorschlag an sich keine Klärung der Lage bedeute, da die wirtschaftlichen Sachverhalte nicht seien, wie Deutschland imstande sein sollte, die etwa geborenen Zahlungen zu leisten. Nichts deutete darauf hin, dass die Vereinigten Staaten zurzeit ein Vermittlungsangebot machen würden.

Poincaré lehnt abermals Vermittlung ab.

GA Paris, 16. März. (Eig. Drahtb.) In französischen Kreisen glaubt man weder an eine englische Vermittlungsbotschaft noch an eine deutsche Verhandlungsbotschaft. Poincaré hat die französischen Pressevertreter ausdrücklich vor allen derartigen Gerüchten gewarnt, mit dem Bemerkung, dass der Abschluss der Ruhraktion noch nicht in Sicht sei. Er hat bei dieser Gelegenheit aus dem Vordruck, dass Frankreich jeden Vermittlungsversuch entschieden ablehnen würde, und dass nur die Unterbreitung deutscher Vorschläge zur Verhandlung führen könne. Nach französischer Auffassung steht es Deutschland frei, diese Vorschläge entweder den beiden Okkupationsmächten oder der Gesamtheit der Verbündeten, d. h. dem Wiederherstellungsausschuss zuzuführen.

Barthou bei Poincaré.

GA Paris, 16. März. (Eig. Drahtb.) Ministerpräsident Poincaré hat gestern Abend den Vorsitzenden der Reparationskommission, Barthou, empfangen. Ueber den Inhalt dieser Unterredung wird strenges Stillschweigen bewahrt.

Post- und Eisenbahnfragen.

Groenens Dant an die Eisenbahner.

GA Berlin, 15. März. (Eig. Drahtb.) Der Reichsausschuss der Eisenbahner hat heute die Beschlüsse der Reichsregierung über die Verlegung der Postanstalten für den Zustandsverkehr erörtert. Der Reichspostminister hat eine Anfrage, dass die Verlegung von Postanstalten noch nicht eine so vollständige künstlerische Wiederherstellung sei, um diesen Zweck der Zustandsverkehr gegenwärtig als besonders pflichtgemäß erscheinen zu lassen.

Nach weiterer kurzer Aussprache wurde der Postminister ersucht, auch der Etat der Reichsregierung über die große Erörterung erledigt. Zum Schluss wurde die Beratung des Etats des Reichsverkehrsministeriums in Angriff genommen. Reichsverkehrsminister Groenewald sprach zunächst den Eisenbahnern im deutschen Gebiet, die dort einen schweren Kampf zu bestehen haben und ihre Persönlichkeit, ihre Ehre und das Wohl ihrer Familien einbringen, für die vorbildliche Haltung den Dank der Reichsregierung aus. Nach den bisherigen Meldungen seien 142 Eisenbahner verhaftet, 73 ausgewiesen und 52 sonst in Mitleidenschaft gezogen worden. Hierbei sind nicht gezählt die Gefangenen, die aus ihrer Wohnung mit ihrer Familie vertrieben worden sind. Die Reichsregierung hat selbstverständlich für alle diese Verurteilten die sorgfältigsten Fürsorgemaßnahmen getroffen. Die Verhaftungen und Ausweisungen sind in Bielefeld, Kuba Mannheim und Karlsruhe eingetrickelt worden. Diese haben die Aufgabe, die Ausgewiesenen zunächst mit Geldmitteln

zu versehen, ihnen Wohnung zu verschaffen oder sie an ihren demnächstigen Beschäftigungsort zu bringen. Alle verfügbaren Wohnungen, auch die Eisenbahnerwohnungsheime, sind zur Verfügung gestellt worden. Spädem an Geld und Leben sowie alle Sachschäden, die die Vertriebenen durch die Verlegungsmäße erlitten haben, werden in vollem Umfang ersetzt. Vorschläge werden in großzügiger Weise ausgeführt.

Alsdann wandte sich der Minister dem Problem der Verkehrs- und betriebstechnischen Bedeutung des Ruhrgebietes zu. Was die Gütermengen anbelangt, so entfallen von der gesamten Güterverladung auf den deutschen Eisenbahnen (Zonen) auf das gesamte, jetzt im Westen besetzte Gebiet rund 45 Prozent, auf das Ruhrgebiet allein 34 Prozent. Insgesamt werden wöchentlich der allgemeinen Linie Hamburg-Rümmberg durch die Rhein-Ruhrbelegung 70 Prozent des gesamten deutschen Güterverkehrs betroffen. Die Streckenlänge im besetzten Gebiet beträgt 6400 Kilometer, die Länge des gesamten deutschen Eisenbahnnetzes rund 53 000 Kilometer, so dass also 12 Prozent davon besetzt sind.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen gab der Minister einen ausführlichen Geschäftsbericht mit statistischen Unterlagen über das gesamte deutsche Eisenbahnwesen. Wegen der vorgerückten Stunde musste der Minister seine Rede unterbrechen, die er morgen fortsetzen wird.

Die Revision der Nationalsozialisten verworfen.

GA. Berlin, 15. März. (Eig. Drahtb.) Der Staatsgerichtshof verhandelte heute über die Beschwerde der nationalsozialistischen Arbeiterpartei gegen die von einigen Landesregierungen erlassenen Verbote und Ausweisungsbefehle. Der Reichskommissar hatte die Aufhebung verfügt, weil die Partei, die von Hitler gegründet wurde, systematisch die Republik verächtlich zu machen suche. Den Mitgliedern der Partei war ein Eid auferlegt worden, nach dem sie den Kampf gegen die Republik bis zum bitteren Ende fortzusetzen hätten. Der Staatsgerichtshof verwurde die Beschwerde mit der Begründung, dass die Verbote der Partei Staatsgefährlich

Neue französische Anstrengungen im Osten.

Das Geldchaos in Polnisch-Ober-Schlesien. — Wahrheitsgetreue Berichte über Frankreichs Taten im Westen. — Aufreizung zum Klassenhass. — Gegen die französischen Verbotsagenten im Osten. (Von unserem ober-schlesischen Mitarbeiter.)

Kattowitz, 14. März. Polen ist trotz der Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage im Osten dazu bereitgegangen, vor einigen Tagen neben der deutschen Währung auch die polnische in Oberschlesien einzuführen. Es glaubte, die deutsche Währung drücken und gleichzeitig den Kurs der polnischen Währung erheblich heben zu können. In beiden Fällen ist die polnische Währung verfehlt gewesen. Die polnische Währung ist nicht gestiegen und der Stand der deutschen Währung hat unter dem Währungswechsel in Oberschlesien nicht gelitten. Tägliche ist in Polnisch-Oberschlesien selbst das größte Geldchaos entstanden. Es ist ein allgemeiner Wirtschaftsstampf entbrannt, dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Laufende von Arbeitern leisten nur noch kümmerliche Löhne ohne positive Leistungen, und zwar aus Erleichterung darüber, dass durch den Währungswechsel von der deutschen Währung zur polnischen die Arbeitskraft außerordentlich geschädigt wird. Tritt nicht eine gleichzeitige Erhöhung der Löhne ein, dann könnte man durch den niedrigen Währungskurs von 175 Polennote für 100 deutsche Mark von einem Lohnabbau von 20 bis 25 Prozent sprechen. Eine Kritik der von der Warschauer Regierung veranlassenen und eingeleiteten Maßnahmen wird mit Beschlagnahmen von Zeitungen geahndet. Dabei hat man es besonders auf die deutschen Zeitungen abgesehen. In welcher ungläubigen Weise dabei gearbeitet wird, mag daraus hervorgehen, dass die Zeitungen beschlagnahmt werden wegen „Aufreizung zum Klassenhass“, weil sie strengste Bestrafung des Wunders, einen gerechten Währungswechsel und höhere Löhne forderten. Auch die Hausleute und Gewerbetreibenden sind durch den plötzlichen Währungswechsel empfindlich geschädigt worden. Das gesamte Wirtschaftsleben droht zum Stillstand zu kommen. In einzelnen Orten sind bereits die Geschäfte in den Streit getreten. Die Sowjetwirtschaft ist gegenüber den Maßnahmen der nationalsozialistischen ohnmächtig.

Die Verfolgung der deutschen Presse wird nur noch übertroffen durch die Verfolgungsmaßnahmen aus Anlass von irgendwelchen Meldungen über die Vorgänge im Ruhrgebiet. Der von der Warschauer Regierung auf Warschau ausgehende Druck hat es fertig bekommen, hier die scharfsten Maßnahmen gegen die deutsche Presse in Polnisch-Oberschlesien durchzuführen. Eine jede von der deutschen Presse in der Überschrift oder im Text als „Wortbezeichnung“ Untat der Franzosen wird mit Beschlagnahme der betreffenden Zeitung bestraft. Den Völkern, die polnische Liebesdienerei damit ab, dass sie eine deutsche Zeitung, die einen wahrheitsgetreuen Bericht über die Ausplünderung der Bochumer Händelskammer mit dem Völkern eines der ausgeraubten Zimmer brachte, beschlagnahmt, und zwar wiederum wegen — Aufreizung zum Klassenhass, so dass man folgern könnte, dass der polnische Staatsanwalt die Polen als eine Klasse der französischen Nation betrachtet. Die Bochumer Vorgänge scheinen überhaupt der französischen Propaganda ganz besonders peinlich zu sein. Gegenüber den deutschen wahrheitsgemäßen Darstellungen der Vorgänge in der Bochumer Handelskammer bemühte sich die französische Propaganda, ausführlich darzulegen, dass die französischen Soldaten sich absolut korrekt benommen haben. Aus französischer Quelle, angeblich vom französischen General-Konsulat in Kattowitz, stammt eine Aufschrift an ein Koranblatt, die so grob ist, dass sie auch im Reich Interesse finden wird. Es heißt in dieser französischen Darstellung u. a.: „Hinterlistig, wie die Deutschen sind, haben sie, nachdem sich die requirierenden Militärpersonen entfernt hatten, die Bilder von den Wänden gerissen, die Möbel umgeworfen, die Schriftstücke auf dem Boden gestreut, mit einem Wort, die erbeuteten Verwundungen angerichtet, worin sie so große Meister sind, und hierbei einen Photographen kommen lassen, um rasch die von den „Franzosen“ angerichteten Verwundungen als Beweis des „gallischen Vandalismus“ fotografieren zu lassen.“ Das ist jedenfalls eine der tollsten Leistungen, die die französische Propaganda im Osten bisher fertig bekommen hat.

Erfolg wird auch dieses Stück nicht haben. Denn einen Erfolg würden die Franzosen nur darin erzielen, wenn es ihnen nun endlich gelänge, Arbeiter in größerer Zahl für Frankreich bzw. das Ruhrgebiet anzuwerben. Wie aus Briefen von in Frankreich ansässigen Polen hervorgeht, bemüht sich die französische Verwaltung zurzeit, diese zu einer vorübergehenden Beschäftigung im Ruhrgebiet zu gewinnen, nachdem es den Franzosen nicht möglich gewesen ist, von hier aus direkt Arbeitskräfte anzuwerben. Gegen diese neuen Veruche, die französische „Produktion“ im Westen durch polnische Arbeitskräfte zu heben, werden sich auch die Leitung des polnischen Zentralverbandes (die polnische sozialistische Gewerkschaften), die in einer Erklärung in der Kattowitzer „Gazeta Robotnicza“ sagen lässt:

„Die Agenten der französischen Kapitalisten befehlen sich, in Polen, Litauen und Jugoslawien Arbeiter für Frankreich anzuwerben. Es besteht die Befürchtung, dass die Arbeiter als Streikbrecher in Westfalen und Rheinland dienen sollen, um den deutschen Widerstand gegenüber der französischen Invasion zu brechen. Es handelt sich nicht darum,

nurh Fortfall zweier
Zusammenhang einer Reihe
der Uraufführung be-
standen. Die so-
genannte „Vorwiegend bei-
geform der italieni-
schen Richtung der Jüng-
eren“ ist nur derjenige
Teil aller technischen
Veränderungen, die man ein-
mal in der Musik der
Romantiken, so daß
man auf dem Umwege
den der Moderne
der Musik zur ge-
genwärtigen

Dr. Menge-Gegemann (Hr.) will darauf hin, daß vom Abg. Dr. Engelhardt Beispiele mit ganz Einfacheit hervorgehoben seien. Die Heillichen dererthelien neben einmältig hinter der Antrums- der ihrer Zustimmung zu dieser Vorlage. Es ist wagt, daß der Rest der uns zu wenig befaßt ist. Wir werden es begehren, wenn Sie (nach links) Antrums Epst bringen, die jetzt schon das

Dr. Dr. Waldhauser (D. Apt.) bezeichnen die Vor- als einen Vortheil, der aber angewendet werden weil eine vollständige Lösung in der letzten Zeit der politischen Schwankungen gar nicht möglich sei. allem müße eine Stärkung der Wirtschaft vermieden und nur der Ertrag, nicht aber die Substanz an- genommen werden. Das vorliegende Gesetz greift aber die Substanz an.

Dr. Kleinath (Dem.) sucht zahlenmäßig nachzu- daß in seinem Lande der Rest der Welt erho- der belastet ist, als in Deutschland. Die Demo- würden der Vorlage zustimmen, obwohl sie davon

Die Güterläge von und nach Cronenberg haben bisher jährlich, nämlich in Cronenfeld, wo die Franzosen bekanntlich eine Zöllntrasse errichtet hatten, nicht angefallen. Vor einigen Tagen forderten sie die Lüge in Cronenfeld zum Stehen gebracht würden, andernfalls würden sie die Lüge in Cronenberg rebelliren. Die Bahnverwaltung hat der Forderung entsprochen. Seit heute werden die Lüge infolge dessen in Cronenfeld von den Franzosen gesteuert.

Sie wandten sich auch an die unmittelbar neben dem Rathaus liegende Sparkasse, wo außerdem in dem Augenblick 100 Millionen Reichsmark kassirte Gelder, von der Stadtkasse an die Sparkasse abgeführt wurden. Die das Geld be-
fürdernden drei Beamten der Sparkasse und die
Direktor der Sparkasse, Kimmel, wurden sofort
festgenommen und zunächst nach M. Gladbach we-
gebracht. 100 Millionen (sowie fünf Mi-
llionen der Erwerbslosenfürsorge, die noch nicht
fortgeführt worden waren, wurden beschlagnahmt. Im Anschluss an diesen Vorgang des

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

16

Kiemperers „Missa sacra“. Durch Fortfall zweier Korrekturzeichen ist der Zusammenhang einer Stelle im Bericht über die Wiener Uraufführung der Messe Otto Kiemperers gestört worden. Die betreffenden Sätze lauten richtig: „Vornebenbei hat Kiemperer dabei die Ausdrucksformen der italienischen Meister, wobei er auch die Richtung der jüngeren berücksichtigte. Und zwar nicht nur diejenigen der italienischen Art. Aber bei allen technischen Freiheiten im modernen Sinne findet man eine erfreuliche Abkehr von frassen Elementen, die schon man sagen kann: Kiemperer ist auf dem Wege, aber bei technischen Vereinerungen der Modernen in den letzten Auswürfungen seiner Kunst zur harmonischen Klarheit gelangt.“



HERZOGSTRASSE 36. nur ELBERFELD.

Wir stellen von Freitag, den 16., bis einschl. Samstag, den 24. März, einen großen Lagerposten, sowie einige Musterkollektionen

feinster Offenbacher Lederwaren

zu ganz erstaunlich billigen Preisen

zum Verkauf. Gleichzeitig haben wir unser gesamtes Warenlager während der Dauer dieses Verkaufs bedeutend im Preise ermäßigt.

Einige Beispiele:

Scheintaschen 3750	Berufstasche 10000	Eleg. Rindlack-Tasche 30000	Besuchstasche 8750	Besuchstasche 8750
1a Rindlack mit Lederfutter	Vollrindleder	mit Lederfutter	eleg. Wildleder	1a Rindlack, 22 cm, M.

Beachten Sie bitte die Preise in unseren Fenstern.

Schmiedeeisen
Sackfarrer
Kleiderstücke
Kaufgesuche
Haus mit Garten
Heizkessel
Drahtseile
Fahrräder
Kleiderstücke
Kaufgesuche
Haus mit Garten
Heizkessel
Drahtseile
Fahrräder

Reise- und Reiseartikel
Kleiderstücke
Kaufgesuche
Haus mit Garten
Heizkessel
Drahtseile
Fahrräder
Kleiderstücke
Kaufgesuche
Haus mit Garten
Heizkessel
Drahtseile
Fahrräder

Reise- und Reiseartikel
Kleiderstücke
Kaufgesuche
Haus mit Garten
Heizkessel
Drahtseile
Fahrräder
Kleiderstücke
Kaufgesuche
Haus mit Garten
Heizkessel
Drahtseile
Fahrräder

Reise- und Reiseartikel
Kleiderstücke
Kaufgesuche
Haus mit Garten
Heizkessel
Drahtseile
Fahrräder
Kleiderstücke
Kaufgesuche
Haus mit Garten
Heizkessel
Drahtseile
Fahrräder

Auch in teuren Zeiten billig!
Das Oster-Angebot in
Damentaschen - Reisekoffern.
Hier sind wieder einige Beispiele als Beweis dafür, wie richtig das Publikum urteilt:
Strapazieretaschen
in 1a Volleder, Krokodilprägung, Kofferform mit Lederfutter 23.000
in 1a Rindleder mit Lederfutter 30.000
Dieselbe in 1a Auto-Rindlack 45.000
Luxus- und Flügeltaschen
einzelne hervorragende Modellstücke, in Prachtausführung, für den vorwiegend geschmackvollen Gebrauch 34.000
Reisekoffer
Rindleder, mit Griff, 35.000, 32.000, 28.000
Reisekoffer
Rindleder, 35.000, 32.000, 28.000
Reisekoffer
Rindleder, 35.000, 32.000, 28.000
Reisekoffer
Rindleder, 35.000, 32.000, 28.000

Offenbacher Lederwaren W. Kirschbaum
7 Hofkamp 7 bitte auf Hausnummer achten
kein Laden Gelegenheits-Käufe zu konkurrenzlos billigen Preisen.
Elberfeld.
Kein Laden!

